Wilsdruffer Tageblatt

Das „Wilsdruffer Tageblatt" erscheint täglich, mit Ausnahme der Sonn- und Festtage, abends 6 Uhr für den folgenden Tag. / Bezugspreis bei Selbstabholung von der Druckerei wöchentlich Pfg., monatlich Pfg., vierteljährlich Mk.; durch unsere Austräger zugetragen monatlich Pfg., vierteljährlich Mk.; bei den deutschen Postanstalten vierteljährlich Mk. ohne Zustellungsgebühr. Alle Postanstalten, Postboten sowie unsere Austräger und Geschäftsstelle nehmen jederzeit Bestellungen entgegen. / Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen der Betriebe der Zeitungen, der Lieferanten oder der Beförderungseinrichtungen — hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Ferner hat der Inserent in den obengenannten Fällen keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfange oder nicht erscheint. / Einzelverkaufspreis der Nummer 10 Pfg. / Schriften sind nicht persönlich zu adressieren, sondern an den Verlag, die Schriftleitung oder die Geschäftsstelle. / Anonyme Zuschriften bleiben unberücksichtigt. / Berliner Vertretung: Berlin SW. 48.

Wochenblatt für Wilsdruff

und Umgegend.

Erscheint seit dem Jahre 1841.

Amts-Blatt

für die Amtshauptmannschaft Meißen, für das Amtsgericht und den Stadtrat zu Wilsdruff sowie für das Forstrentamt zu Tharandt.

Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6. Postscheck-Konto: Leipzig Nr. 28614

Inseratenpreis Pfg. für die 6-gespaltene Korpuszeile oder deren Raum, Lokalpreis Pfg., Reklamen Pfg., alles mit Teuerungszuschlag. Bei Wiederholung und Jahresaufträgen entsprechender Nachlaß. Bekanntmachungen im amtlichen Teil (nur von Behörden) die 6-gespaltene Zeile 60 Pfg. bez. Pfg. / Nachweisungs- und Offertengebühr 20 bez. Pfg. / Telephonische Inseraten-Aufgabe schließt jedes Reklamationsrecht aus. / Anzeigenannahme bis 11 Uhr vormittags. / Beilagengebühr das Tausend Mk., je die Postauflage Zuschlag. / Für das Erscheinen der Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen wird keine Gewähr geleistet. / Gerichtlicher Platzvorschrift und Zuschlag ohne Rabatt. / Die Rabattsätze und Netopreise haben nur bei Bezahlung binnen 30 Tagen Gültigkeit; längerer Ziel, gerichtliche Einziehung, gemischte Anzeigen verteuern. Inseraten bedingen die Berechnung des Preise-Zeilenpreises. / Sofern nicht schon früher ausdrücklich oder stillschweigend als Erfüllungsort Wilsdruff vereinbart ist, gilt es als vereinbart durch Annahme der Rechnung, falls nicht der Empfänger innerh. 8 Tagen, vom Rechnungstage an, Widerspruch erhebt.

Amtlicher Teil.

Montag den 14. Juni 1920 vormittags ½11 Uhr

wird im Verhandlungssaale des amtshauptmannschaftlichen Dienstgebäudes

öffentliche Sitzung des Bezirksausschusses

abgehalten werden.

Die Tagesordnung hängt im Anmeldezimmer vom 10. Juni 1920 ab aus.

Meißen, am 8. Juni 1920. Nr. 33 I B.

4603 **Der Amtshauptmann.**

Blutlaus.

An den Obstbäumen der hiesigen Gegend ist die Blutlaus in diesem Jahre besonders stark aufgetreten. Sie ist leicht erkenntlich an dem weißen Flaum, den die mit Blutlaus befallenen Stellen der Obstbäume zeigen. Zu ihrer Vertilgung ist die jetzige Zeit besonders günstig, weil die Blutlaus jetzt erst die Wundstellen der Baumrinde befallen hat, um sich aber schon in nächster Zeit weiter auszubreiten. Wenn diese Stellen sachgemäß und energisch behandelt werden, wird ein Abwandern der Blutlaus nach den grünkrautigen Trieben der Obstbäume und damit viel Schaden verhütet. Auf den Blutlausbefall ist nicht nur jetzt, sondern ständig bis in den Herbst hinein zu achten und die Vertilgung auf das gewissenhafteste zu betreiben, da im Laufe eines Jahres mehrere Generationen Blutläuse erzeugt werden.

Die Besitzer und Pächter von Obstbäumen werden hiermit im eigensten Interesse ermahnt, die Vertilgung der Blutlaus sofort aufzunehmen. Die Gemeindevorstände und Gutsvorsteher werden ersucht, Säumige hierher namhaft zu machen.

Als Mittel zur Tilgung der Blutlaus werden empfohlen:

1. Das Bepinseln aller Stellen an den stärkeren Aesten und am Stamme, wo Läuse sitzen, mit Brennspiritus, Petroleum, seifenhaltigen Stoffen und besonders mit Tetrachlorkohlenstoff.
2. Das Abschneiden und Verbrennen aller von der Blutlaus befallenen **grünen** Triebe.

Meißen, am 8. Juni 1920. 20 B. O. V.

4604 **Die Amtshauptmannschaft.**

Kesselsdorf.

Markenfreie Speisekartoffeln

werden in jeder Menge von der hiesigen Firma **Gebr. Starke** abgegeben.

Kesselsdorf, am 9. Juni 1920. 4601

Der Gemeindevorstand.

Nutzholzversteigerung auf Spechtshausener Staatsforstrevier

im Gasthof zu Spechtshausen Montag den 14. Juni 1920 vormittags ½10 Uhr: 1677 w. Stämme, 282 h. u. 579 w. Klöße, 1295 w. Derb- u. 4620 w. Reisstangen; Kahlschlagshölzer: Abt. 12, 15, 32, 34, 42, 43 u. 45; Einzelhölzer: Abt. 2, 3, 4, 7, 20, 25, 28, 34—38, 46 u. 48. 4602

Forstrevierverwaltung Spechtshausen u. Forstrentamt Tharandt.

Der neue Reichstag

446 Abgeordnete: Mehrheitssozialdemokratie 109, Unabhängige 76, Zentrum 66, Deutschnationale Volkspartei 62, Deutsche Volkspartei 60, Demokraten 44, Föderalisten 19, Welfen 5, Bayrischer Bauernbund 3, Kommunisten 2.

Kleine Zeitung für eilige Leser.

- Das Reichsfinanzministerium hat die Absicht, dem Reichstage eine Vorlage über neue indirekte Steuern zu machen.
- Die Reichsschulkonferenz wird in der Zeit vom 11. bis 19. Juni in Berlin tagen.
- Zur Wahrung der Interessen der Reichswehr soll eine Wehrkammer errichtet werden.
- Aus Deutsch-Ostafrika sind nunmehr auch die letzten Deutschen ausgewiesen worden.
- Die preußische Regierung beabsichtigt, auch in Preußen baldige Neuwahlen vorzunehmen.
- Die deutschen Eisenbahner weigern sich, schwarze französische Truppen durch Deutschland nach Polen zu befördern.
- Die Hamburg-Amerika-Linie hat mit einer amerikanischen Schiffahrtsgesellschaft ein Abkommen geschlossen, das ihr gestattet, den Dampferverkehr wieder aufzunehmen.

Entspannung?

Die erste Verblüffung ist gewichen, und nun überlegt man sich auf allen Seiten, ob man weiterleben soll, und wie es geschehen kann. Wir haben Gewaltigeres schon in den letzten Jahren überstanden, als diese Reichstagswahl im Grunde genommen darstellt, und wenn man sich an die öffentlichen Äußerungen, im Lager der Rechten wie im Lager der Linken, halten darf, soweit sie bis jetzt vorliegen, so läßt sich mit Befriedigung konstatieren, daß eine unverkennbare Entspannung der Gemüter eingetreten ist. Das will natürlich nicht besagen, daß auf der einen Seite nicht noch dieser oder jener Heißsporn unwillig aufbegehrt, daß nicht noch verschiedentlich der geistige Schießprügel geschwungen wird, da doch der Federkrieg in Deutschland selbstverständlich niemals aufhören darf. Aber im allgemeinen zeichnen sich die Debatten nach der Wahl durch eine bemerkenswerte Ruhe aus; man hat fast den Eindruck, als wollten die Parteien, Koalition wie Opposition, sich alle Wege offen halten, die einzuschlagen sie, wenn vielleicht auch wider Willen, durch den unerbittlichen Zwang der Verhältnisse genötigt werden könnten. Es ist eben doch etwas anderes, ob man mit oder ohne Verantwortung Politik zu treiben hat. Insofern kann dem parlamentarischen System, wie wir es jetzt bei uns eingeführt haben, eine erziehliche Wirkung nicht abgesprochen werden. Es wird sehr viel darauf ankommen, ob sie sich jetzt schon, gleich bei der ersten Gelegenheit, mit dem gebührenden Nachdruck zur Geltung bringt.

Dem ersten Erfordernis der Lage hat das Reichskabinett bereits am zweiten Tage nach der Wahl Rechnung getragen. Es hat dem Reichspräsidenten seine Demission überreicht, der sie annahm mit der Bitte an die Minister, die Geschäfte bis auf weiteres fortzuführen. Außerdem ist der Reichskanzler ersucht worden, darauf hinzuwirken, daß die Feststellung des Wahlergebnisses tunlichst beschleunigt und der Reichstag so bald wie irgend möglich einberufen wird. Damit ist die Bahn frei geworden für die unbedingt notwendige Um- oder Neubildung des Reichskabinetts. Im sozialdemokratischen Lager wird angenommen, daß der bisherige Reichskanzler sich zunächst an die Unabhängigen wenden werde, damit diese einen ihrer Wählerzahl entsprechenden Einfluß in der Regierung erhalte und ein entsprechendes Maß von Verantwortung übernehmen können. Sollte diese Partei die Mitarbeit verweigern, so würde der Reichskanzler — „wohl" wird vorsichtigerweise hinzugefügt — den Auftrag zur Kabinettsbildung zurückgeben. Gut, nehmen wir an, daß Herr Müller in dieser Weise verfahren wird, dann bleibt es dem Reichspräsidenten selbstverständlich unbenommen, ein anderes Mitglied der Mehrheitspartei mit dem gleichen Auftrag zu betrauen, und es würde abzuwarten sein, ob auch dieser sich in erster Reihe nach links hin wenden würde. Als die nächststärkste Partei nach dieser scheint die Deutsche Volkspartei aus dem Wahlkampf hervorgegangen zu sein. Dann würde also sie an zweiter Stelle für eine Kabinettsbildung in Frage kommen. Von ihrer Seite würde die Deutsche Volkspartei, darüber läßt sie gar keinen Zweifel bestehen, durchaus bereit sein, sich mit Mehrheitssozialisten in eine gemeinsame Regierung zusammenzusetzen. Selbstverständlich nur unter Festhaltung ihrer guten Beziehungen zur Deutschnationalen Volkspartei. Dann hätten die Mehrheitssozialisten sich endgültig zu entscheiden. Verharren sie, sei es aus innerer Überzeugung, sei es aus Furcht vor dem großgewordenen Bruder zur linken, auf ihrer Weigerung, so müßte der Auftrag zur Kabinettsbildung an die Deutsche Volkspartei weiter gegeben werden, die ihrerseits natürlich in erster Reihe mit den anderen bürgerlichen Parteien Verhandlungen einzuleiten hätte.

Hier würden dann die Demokraten den Ausschlag zu geben haben. Auch bei ihnen würde es ohne innere Kämpfe nicht abgehen. Ihrem linken Flügel ist die Zusammenarbeit mit der Sozialdemokratie so sehr zum Kernpunkt der ganzen politischen Arbeit in der Republik geworden, daß er eine Trennung von ihr sich gar nicht mehr vorstellen kann. Der rechte Flügel ist weniger unbeweglich. In welchem Sinne aber die schließliche Entscheidung fallen würde, läßt sich bei dem heutigen Stande der Dinge schwer voraussehen. Aber wie gesagt, vorläufig wenigstens scheint man die Gegensätze doch nicht noch weiter treiben zu wollen, als sie schon gediehen sind. Wer den Sinn des Wahlausganges zutreffend kennzeichnen will, muß in dem unerwartet starken Aufstieg der rechtsstehenden Parteien auch den Willen zur Mitarbeit der hinter ihnen stehenden Volkskreise, an der Wiederaufrichtung des Reiches als gegeben anerkennen, es wäre grundverkehrt, hier nur Entschlossenheit zu unbedingter Opposition zu suchen. Ehe deshalb die bisherige Einseitigkeit der Regierungskoalition erneuert oder durch andere Einseitigkeiten ersetzt wird, muß jede Möglichkeit einer Verbreiterung der Regierungsbasis unter allen Umständen erprobt werden. Nicht um dieser oder jener Partei willen; das Lebensinteresse des Volkes verlangt es, daß wir so rasch wie irgend möglich zu fruchtbarer Arbeit gelangen. Entsagung würde dabei freilich auf allen Seiten zu üben sein. Ausgesprochene Parteiziele müßten zurückgestellt werden, so lange eben keine einzelne Partei in der Lage ist, ihre besonderen Programmpunkte aus eigener Kraft durchzusetzen. Wenn man sich nur auf diejenigen Aufgaben beschränken wollte, die der Pflichtenkreis der unmittelbaren Gegenwart umschreibt, die neue Regierung würde dann schon alle Hände voll zu tun haben und würde dafür von inneren Reibungen, die immer nur Hemmungen und Unfrieden bringen, verschont bleiben. Der Versuch mit einer so gestalteten wahrhaften Koalitionsregierung sollte jedenfalls gemacht werden; wer weiß, ob wir nicht so noch am ehesten über den Tiefstand unserer gegenwärtigen Entwicklung hinwegkämen.

Bald werden wir klarer sehen. Schon in diesen Tagen finden alle maßgebenden Politiker sich wieder in der Reichshauptstadt zusammen, um unter sich wie in Besprechungen mit der Reichsleitung Klarheit über die Lage zu gewinnen. Ein Aufatmen der Erleichterung würde durch das Volk gehen, wenn diese Beratungen im Zeichen der Friedenssehnsucht, anstatt der bisherigen Streit- und Kampflust, stehen und abgeschlossen würden.

Das Wahlergebnis.

Berlin, 9. Juni. (tu.) Nach Meldungen aus dem Ministerium des Innern wird sich der neue Reichstag aus 446 Abgeordneten zusammensetzen, die Abgeordneten aus den Abstimmungsgebieten von Ostpreußen, Schleswig-Holstein, Oberschlesien einbegriffen, auch die Reichswahlliste ist berücksichtigt, so daß nunmehr auf die einzelnen Parteien entfallen: Mehrheitssozialdemokratie 109, Zentrum 66, Demokraten 44, (die bisherigen Koalitionsparteien hätten somit 219 Sitze), Deutschnationale Volkspartei 62, Deutsche Volkspartei 60, Föderalisten 19, Unabhängige 76, Kommunisten 2, Welfen 5, Bayrischer Bauernbund 3 Mandate.

Französische Pressestimmen.

Die Pariser Abendblätter verzeichnen in ausgedehnter Weise die Ergebnisse der deutschen Wahlen. Der Pariser „Temps" und der „Matin" betonen fast übereinstimmend, man müsse von einem Sieg der Reaktion sprechen, der Frankreich und seinen Alliierten zu denken geben müsse. Die Blätter bemerken hierzu, mehr denn je sei es Pflicht der Alliierten, auf die Erfüllung des Versailler Vertrages zu dringen. Die „Humanité" beklagt den Rückgang sozialistisch-demokratischer Stimmen und befürchtet, daß die Schwenkung nach rechts und die Stärkung der Reaktion in Deutschland der Besserung der Beziehungen zwischen Deutschland und Frankreich hinderlich sein möge.

SLUB Wir führen Wissen. Heimatmuseum der Stadt Wilsdruff WILSDRUFF